



BULLETIN Außen- & Sicherheitspolitik

Magazin des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU

Ausgabe 1 / 2023

„FANTASTISCHE DEUTSCHE TIERWESEN UND WO SIE ZU FINDEN SIND“

Oleksii Makeiev

**ENERGIESICHERHEIT VOR NEUEN HERAUS-
FORDERUNGEN IN DER „ZEITENWENDE“**

Frank Umbach

**DIE STRATEGISCHE BEDEUTUNG VON
RAUMFAHRT NACH DER ZEITENWENDE**

Matthias Wachter

NOTWENDIGE REFORMEN DER EU

Marlene Mortler

**DIE UKRAINE MUSS WEITERHIN
UNTERSTÜTZT WERDEN**

Prof. Dr. Jackson Janes



LIEBE LESERINNEN UND LESER,
LIEBE FREUNDE DES ASP,

seit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der Russischen Föderation gegen die Ukraine scheint die Welt aus den Fugen zu geraten. Alte Gewissheiten zählen nicht mehr. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg tobt ein großer zwischenstaatlicher Krieg in Europa mit einer Atommacht als Aggressor, in dessen Windschatten viele weitere Krisen heraufziehen. Flüchtlingswellen, eine fortgeschrittene Energiekrise, hohe Inflation, nachhaltig gestörte Lieferketten: Wir erleben derzeit wahrlich eine Zeitenwende!

Offensichtlich hat die Ampelregierung immer noch nicht verstanden, was diese Zeitenwende für Deutschland bedeuten muss. Denn eine Zeitenwende beginnt zuallererst in den Köpfen. Dazu gehört auch, dass unangenehme Wahrheiten klar und deutlich angesprochen werden. Deutschland hat seinen Wohlstand der vergangenen Jahre und Jahrzehnte mit drei Abhängigkeiten erkaufte: einer sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA, einer energiepolitischen Abhängigkeit von der Russischen Föderation und einer wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Volksrepublik China. Nun gilt es, diese Abhängigkeiten sukzessive und nachhaltig zu reduzieren.

Dazu braucht es eine richtige und nachhaltige Ertüchtigung der Bundeswehr, deren Finanzierung an ihren Aufgaben ausgerichtet ist. Das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr wird dazu nicht ausreichen, wenn der Verteidigungshaushalt nicht dauerhaft zwei Prozent des BIP erreicht. Außerdem ist die Verlängerung der AKW bis mindestens Ende 2024 nötig, denn der zu schnelle Ausstieg aus der Kohle und die Fokussierung auf russisches Gas war ein Fehler, der sich jetzt rächt. Die Kernenergie ist jetzt die richtige Brückentechnologie, bis wir mit erneuerbaren Energien eine größere energiepolitische Autarkie erreichen können.

Und nicht zuletzt braucht es einen strategischeren Umgang mit China. Wirtschaftliche Autarkie von China ist nicht möglich, in strategischen Bereichen muss aber größtmögliche Unabhängigkeit hergestellt werden. Nationale Schlüsseltechnologien, wie Robotik, Radar, KI und kritische Infrastruktur in allen Dimensionen, wie beispielsweise beim Hamburger Hafen oder im Weltall.

Die Zeitenwende kann nur gelingen, wenn wir in diesen Bereichen vorangehen. Diese Ausgabe des ASP-Bulletin soll dazu einen Impuls liefern.

Viel Freude bei der Lektüre.

Mit besten Grüßen
Ihr Florian Hahn, MdB
Landesvorsitzender des ASP
Internationaler Sekretär der CSU



Oleksii Makeiev

„FANTASTISCHE DEUTSCHE TIERWESEN UND WO SIE ZU FINDEN SIND“

OLEKSII MAKEIEV

Die Qualität der bereits gelieferten deutschen Waffen hat die ukrainischen Erwartungen mehr als erfüllt. Die Irisblüte und das Brüllen der Geparde verteidigen unsere Städte gegen russische Raketen und iranische Drohnen. Deutsche Waffen retten Leben. Wir brauchen aber mehr – viel mehr. Leider treffen die Russen teilweise ihre Ziele trotz unserer gesamten Luftabwehr. Und jeder Treffer bedeutet zumindest einen zeitbegrenzten regionalen Blackout. In der Ukraine oder auch wie vor kurzem in Moldau.

Was bedeutet ein Blackout? Nicht nur kein Licht, sondern auch kein Wasser. Krankenhäuser ohne Generatoren sind paralysiert. Aufzüge sind nicht benutzbar. Ältere Menschen, die zum Beispiel im 20. Stock wohnen, sind praktisch eingesperrt. Keine Heizung. Kein Mobilfunknetz. Keine Verbindung zu den Verwandten und der Außenwelt. Diese Angriffe sind ein genozidaler Versuch, der Ukraine das Rückgrat zu brechen. Unsere Antwort hat Präsident Selenskyj bereits früher formuliert. Wenn wir die Wahl zwischen „ohne Gas, Licht, Essen“ und „ohne Russland“ haben, ist für uns die Wahl offensichtlich. „Mit Russland“ bedeutet „ohne Menschenrechte und ohne Freiheit“.

Auf dem Schlachtfeld ist die Ukraine erfolgreich. Schritt für Schritt befreien wir unsere Gebiete. Cherson ist frei. Wenn ich mir die Videos der Menschen anschau, die ukrainische Truppen begrüßen, kann ich die Tränen kaum zurückhalten. Über dieselbe Reaktion haben mir viele deutsche Freunde berichtet. Für so eine Empathie braucht man keine Sprachkenntnisse. Für all diese Erfolge zahlen wir Ukrainer einen Preis, den sonst niemand zahlen muss. Dieser ganze Krieg

ist ein Verbrechen, der wiederum voll mit Kriegsverbrechen ist. Die Rechenschaft wird sicher kommen, und zwar in Form eines Sondertribunals. Nur so können wir den Imperativ des Völkerrechts im 21. Jahrhundert bestätigen.

Die von Russland besetzten Gebiete wurden zu menschenrechtlosen Territorien. Bereits bei Butscha verstanden wir, welch schreckliche Verbrechen wir noch entdecken werden. Heute sehen wir es. Menschen werden zu Tausenden entführt. Entführte ukrainische Kinder bekommen in Russland zwangsweise neue „Quasi-Eltern“, eine neue Sprache und ein neues „Quasi-Leben“ aufgebürdet. Dies ist eine Art von genozidalem Reboot.

Die Welt hat sich dramatisch verändert. Auch die Kräftebilanz wird sich nach dem ukrainischen Sieg ändern. Die deutsche Zeitenwende ist in diesem Sinne eine Stunde der Wahrheit – für die Bundeswehr, aber auch für die gesamte Sicherheit Europas.

Die Prager Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz haben wir in der Ukraine begrüßt. Eine Ukraine mit hochmoderner Armee ist eine Sicherheitsgarantie für Europa. Kampfgetestete deutsche Luftabwehr und Artillerie können bzw. sollen zu einem Teil dieser Vorderlinie der europäischen Verteidigung werden. Jetzt komme ich zum spannenden Teil – zur deutschen Tierwelt. Deutsche Panzer brauchen wir und die werden wir bekommen. Hier bin ich mir sicher. Es geht nur um die Zeit. Zeit, die wir leider nicht haben.

Bereits jetzt müssen die Leoparden, aber auch Marder und Füchse entfesselt werden. Das sind die Systeme, die unseren Soldaten Leben retten können. Ein Marder bietet mehr Schutz als ein Mitsubishi Pajero.

Es ist mir bewusst, dass diese Fragen vor allem eine politische Antwort brauchen. Daran arbeite ich. Ich höre heute ganz

oft, dass die Herstellungskapazitäten der deutschen Waffenindustrie begrenzt sind. Ich kann sagen: Die Herstellung muss intensiviert werden. In der näheren Zukunft werden wir viele Waffen brauchen, um den Frieden sicherzustellen.

Auch wenn es paradox anmutet: „Si vis pacem, para bellum“ – „Wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg“. Niemand will Frieden mehr als die Ukraine und die ukrainischen Streitkräfte. Gerade dafür müssen sie völlig und in der bestmöglichen Weise ausgerüstet werden.

Wir schätzen all die Bemühungen und all die Unterstützung, die wir bis jetzt von Deutschland bekommen haben. Diese werden wir auch weiter brauchen. Es ist mir bereits bewusst, wo diese deutschen fantastischen Tierwesen zu finden sind. Der Prozess der Befreiung läuft noch. Wir stehen zusammen. So muss und so wird es sein. Bis zum Sieg der Ukraine.

Oleksii Makeiev

Botschafter der Ukraine in Deutschland

Er wurde 1975 in Kiew geboren und studierte Internationale Beziehungen und Spanisch in Kiew. Bereits 1996 trat er seine diplomatische Laufbahn im Außenministerium der Ukraine an. Von 2014 bis 2020 leistete er als politischer Direktor des Außenministeriums der Ukraine einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Strategie zur Abwehr der russischen Aggression, von Bedrohungen im Informationsbereich und zur proaktiven Kommunikation. Im Mai 2020 wurde er zum Sonderbeauftragten des Außenministeriums für Sanktionspolitik. Am 23. September 2022 wurde er von Wolodymyr Selenskyj zum Botschafter der Ukraine in Deutschland ernannt und trat am 17. Oktober 2022 seinen Dienst in Berlin an.

Ukrainische militärische Uniform



ENERGIESICHERHEIT VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN IN DER „ZEITENWENDE“

DR. FRANK UMBACH



Dr. Frank Umbach

Der Ukraine-Krieg hat grundlegende Fehlannahmen und Fehleinschätzungen der deutschen Russland- sowie Energiepolitik während der Putin-Ära offengelegt. Die hohe Gasimportabhängigkeit von Russland mit rund 55 Prozent bis Anfang 2022 gilt nun als Lehrbeispiel, dass sich Deutschland nie wieder vergleichbar abhängig machen darf. Über mehr als zwei Jahrzehnte wurde zudem die Empfehlung internationaler Energiesicherheitsexperten und Organisationen – wie der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris oder dem World Energy Council (WEC) – in Abrede gestellt, dass sich nationale, regionale und globale Energiesicherheit nur gewährleisten lässt, wenn im „Energiedreieck“ oder „Energietrilemma“ ein Gleichgewicht zwischen den Zielen von Umwelt- und Klimapolitik, Bewahrung der Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit gewahrt wird und nicht, wie in der deutschen Politik, einem Ziel (Klima- und Umweltpolitik – so wichtig sie auch sind) Priorität zulasten der beiden anderen Ziele zugewiesen wird.

Versorgungssicherheit darf jedoch nicht allein den Unternehmen oder den Märkten sowie dem Gleichgewicht von



Gaspipeline

Angebot und Nachfrage überlassen werden. Vor allem börsennotierte Unternehmen sind primär ihren Anteilseignern und vierteljährlichen Gewinnbilanzierungen verpflichtet – und nicht nationaler Versorgungssicherheit, die ohnehin kein Unternehmen allein gewährleisten kann. Zudem ist Deutschland als ExportvizeWeltmeister mehr als die meisten anderen Staaten vom Export und damit auch der politischen Stabilität seiner ausländischen Handels- und Energiepartner angewiesen. Doch gerade deshalb hätten Politik und Wirtschaft sehr viel stärker als andere Staaten geopolitische Risiken, Verwundbarkeiten, Abhängigkeiten und die Möglichkeit politischer Erpressbarkeit berücksichtigen müssen. So hat die russische Gaspolitik bereits seit den 90er Jahren und besonders unter Präsident Putin (der über die Instrumentalisierung energiepolitischer Abhängigkeiten 1997 seine Doktorarbeit geschrieben hatte) ab 2000 wiederholt die energiepolitischen Abhängigkeiten zur Durchsetzung der geopolitischen Interessen des Kremls instrumentalisiert und hieraus auch in den maßgeblichen außen- und sicherheitspolitischen Dokumenten und auch innenpolitischen Diskussionen keinen Hehl gemacht. Reflektiert man noch einmal die kontroverse Debatte über die Gaspipeline Nord Stream-2, die – wie schon die Nord-Stream-1-Gaspipeline – im Widerspruch zur EU-Gasdiversifizierungspolitik seit 2010 stand und weder im Europäischen Parlament noch in der Europäischen Kommission noch bei den EU-27 Mitgliedsstaaten oder auch den USA jemals Unterstützung, sondern breiten politischen Widerstand hervorgerufen hatte, so stellen sich mehr denn je kritische Fragen nicht nur hinsichtlich der Energie- und Gaspolitik Deutschlands seit 2005. Vielmehr hat das Durchboxen der deutschen Unterstützung des Nord-Stream-2-Projektes viel politisches Vertrauenskapital in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, in der EU und der NATO sowie in den transatlantischen Beziehungen zerschlagen. Dabei ist Deutschland das größte Mitgliedsland und größte Wirtschaftsmacht in der EU.

Wie aber soll eine gemeinsame EU-Energie- und Klimapolitik vor dem Hintergrund der geopolitischen Herausforderungen – auch mit Blick auf China – jemals Wirklichkeit und gestärkt werden können, wenn das größte und mächtigste Mitgliedsland zu faktischen Alleingängen und einer „Deutschland-First“-Politik zulasten einer gemeinsamen EU-Energie-, Außen- und Sicherheitspolitik neigt? Dies ist zumindest die kritische Außenansicht zu Deutschland, die in den letzten Jahren immer stärker geworden und in Berlin zumeist übersehen oder marginalisiert worden ist. Im Gegensatz zu den meisten anderen EU-Staaten hatte die deutsche Gasimportabhängigkeit von Russland selbst nach der Krim-Annexion 2014 noch weiter zugenommen und die europäische Gasimportdiversifizierungspolitik damit unterlaufen und konterkariert, zumal Deutschland der größte Gasmarkt in der EU ist. Zugleich hat der deutsche Ökonom Daniel Gros auch den anhaltenden Mythos widerlegt, dass Deutschland „billiges russisches Gas“ eingekauft hätte, um so seine globale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Nach seinen Untersuchungen hat die deutsche Industrie in den letzten 10 Jahren mehr für Erdgas bezahlt als ihre Konkurrenten in einigen anderen größeren Volkswirtschaften Europas und sogar Asiens. In der Untersuchung kommt Daniel Gros zu dem vernichtenden Ergebnis: „... Deutschland musste einen Verlust an Energieunabhängigkeit hinnehmen, ohne einen spürbaren wirtschaftlichen Vorteil zu erlangen.“

Vor diesem Hintergrund muss nun Deutschland eine wesentlich kostspieligere Diversifizierung seiner Gasimportpolitik nachholen, was andere EU-Staaten mit dem Bau von Flüssiggasterminals seit spätestens 2010 gemäß den Empfehlungen der Europäischen Kommission bereits umgesetzt haben. Da kurzfristig aber solch große Mengen auf einem angespannten globalen LNG-Markt nur auf den derzeit extrem teuren Spot-Märkten in einem globalen Bieterwettbewerb zu erhalten sind, sind Preisexplosionen bei Gas und Strom die Folge, die so weder die energieintensive Wirtschaft noch Privathaushalte ohne Probleme tragen und die Deindustrialisierungstendenzen erheblich stärken können.

Dabei sind die Preisexplosionen keineswegs unmittelbare Folge des Ukraine-Kriegs ab Februar 2022, da Russland bereits im Sommer 2021 kein zusätzliches Gas für die Auffüllung der europäischen Gasspeicher bereitgestellt hatte. Dies war mit den Bedingungen versehen, dass die Zertifizierung der Nord-Stream-2-Gaspipeline durch die Bundesregierung vor dem Amtsantritt der neuen deutschen Bundesregierung erfolgen und die EU neue Langfristgasverträge mit Russland abschließen müsse. Dies aber war bereits nichts anderes als ein politischer Erpressungsversuch, der von Berlin marginalisiert wurde. Seitdem hat die neue Bundesregierung mit dem schnellen Chartern von 5-6 schwimmenden LNG-Importterminals (FSRU) und der Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sowie Wasserstoffprojekten vieles richtig gemacht. Zugleich werden jedoch selbst jetzt in Krisenzeiten die heimischen unkonventionellen Gasreserven (Fracking-Gas) weiterhin nicht genutzt, obwohl dies die Versorgungssicherheit Deutschlands stärken würde (da dies

die Gasimporte von politisch instabilen Staaten reduzieren würde), die Gaspreise senken könnte und sogar ein Beitrag zum globalen Klimaschutz wäre, weil der CO₂- und Methan-Fußabdruck gegenüber LNG-Importen deutlich geringer wäre. Ebenso wenig ist das Drama um eine Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke zu verstehen, die auch von den Nachbarstaaten Deutschlands, der Europäischen Kommission sowie vielen Energieexperten und internationalen Energieorganisationen für eine mehrjährige Übergangszeit angemahnt wurde.

Zugleich wird bei allen krisenbedingten Herausforderungen übersehen, dass für die deklarierte „Zeitenwende“ auch weiterhin gepflegte Mythen der deutschen Energiepolitik aufgearbeitet werden.



Stromkosten

Keine geopolitischen Abhängigkeiten bei Erneuerbaren Energien?

So wird noch immer das Narrativ gepflegt, dass nur fossile Energien geopolitische Importrisiken aufweisen und dass der Ausbau von heimischen Erneuerbaren Energien die Energieimportabhängigkeiten und damit verbundenen geopolitischen Risiken verringere und somit die Energieversorgungssicherheit stärke. Doch dies ist nur auf den ersten Blick so, da alle Erneuerbaren Energien, Batterien (für Elektromobilität, etc.) und auch die Digitalisierungstechnologien für den Energiesektor in einem immer größeren Ausmaß kritische Rohstoffe (wie Lithium, Seltene Erden, Kobalt, Kupfer u. a.) benötigen. Hierbei und bei der Weiterverarbeitung ist jedoch die Abhängigkeit vor allem von China sogar um ein Vielfaches höher. Dabei hat Peking bereits 2010 in einem diplomatischen maritimen Territorialstreit mit Japan dessen Rohstoffabhängigkeit von Seltenen Erden politisch zu instrumentalisieren versucht.

Auch gegenüber den USA hat Peking in den letzten Jahren, einen Exportstopp Seltener Erden wiederholt angedroht. Daher müssen Deutschland und die EU-27 ihre immer größere Rohstoffimportabhängigkeit auf ihrer politischen Agenda deutlich aufwerten und zugleich auch hierbei eine größere

Diversifizierung einleiten sowie deutsche und europäische Rohstoffprojekte stärker fördern. Hieraus resultiert ein Interessenskonflikt zwischen lokalem Umweltschutz und globalem Klimaschutz, der bisher zumeist jedoch immer zugunsten von lokalem Umweltschutz entschieden wurde (wie bei dem deutschen Fracking-Gas oder den Projekten von Abscheidung und Speicherung von CO₂/CCS).

Doch der Widerspruch zwischen dem Import von „Fracking-Gas“ aus den USA und der Nutzung von einheimischen unkonventionellem Gas ist ebenso unauflöslich wie jener, künftig vom Nettoexporteur zum Nettoimporteur bei Strom zu werden und damit noch mehr als heute auf Atomstrom aus Frankreich, der Tschechei sowie künftig womöglich auch aus Polen angewiesen zu sein.



Wasserstoffpipeline

Auch der Ausbau und die Fokussierung auf ausschließlich grünen Wasserstoff (H₂) wird erhebliche neue Importabhängigkeiten und geopolitische Risiken zur Folge haben. So basiert der grüne Wasserstoff auf der Elektrolyse, die wiederum erhebliche zusätzliche Mengen an erneuerbarem Strom benötigt, die Deutschland selbst nicht ausreichend bereitstellen kann. Gerade auf diesem Feld sind noch erhebliche technologische Innovationen notwendig, um die Elektrolyse wesentlich effizienter zu machen, zumal Wasserstoff in einem zukünftig dekarbonisierten Energiesystem eine Schlüsselrolle spielen wird. So wird der langfristige deutsche Wasserstoffbedarf bis 2050 auf nicht weniger als jährlich 1.800-2.500 Terrawattstunden geschätzt. Allein die Chemieindustrie dürfte nach ihren eigenen Analysen einen Bedarf von mehr als 600 Terrawattstunden haben. Zum Vergleich: Die deutsche Nettostromproduktion im Jahr 2021 lag bei 557 Terrawattstunden. Daher gehen sowohl deutsche als auch die EU-Wasserstoffstrategien von 2020 von einem künftig erheblichen Wasserstoffimportbedarf aus.

Der globale Ausbau von „grünem Wasserstoff“ auf bis zu 24 Prozent des Weltenergieverbrauchs bis 2050 erfordert einen riesigen Ausbau der Elektrolysekapazitäten und hierfür ausreichend Wasser sowie Strom und damit auch freie Flä-

chen (versus Bevölkerungsdichte) für Solar- und Windkraft. Dies ist jedoch in den einzelnen Regionen und Ländern nur sehr unterschiedlich vorhanden. Der Aufbau komplett neuer Wertschöpfungs-, Versorgungs- und Logistikketten sowie das Entstehen neuer Exporteure sowie Importeure hat unweigerlich Gewinner und Verlierer beim Aufbau einer globalen Wasserstoffwirtschaft zur Folge. Für die Frage der künftigen Versorgungssicherheit und Importabhängigkeit müssen daher die politische Stabilität der Exportstaaten und weitere geopolitische Risiken in künftige Verwundbarkeits- und Risikoanalysen mit einfließen. Dabei muss der Ausrichtung der künftigen H₂-Versorgungssicherheit eine möglichst große Importdiversifizierung zugeschrieben werden.

Mit den ohnehin hohen Importabhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen drohen die künftigen Wasserstoffimporte zudem erhebliche strategische Herausforderungen für die angestrebte stärkere Souveränität und „strategische Autonomie“ der künftigen wirtschaftlich-industriellen sowie technologischen Schlüsselfaktoren der EU gegenüber China zu haben. Beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft und angestrebten Technologieführerschaft bei H₂ konkurrieren Deutschland und die EU insbesondere mit China, so dass die sich ohnehin verschlechternden bilateralen Beziehungen mit China eine zusätzliche Dimension der zunehmenden geökonomischen Rivalität erhalten.

Daher sollten die außen-, sicherheits- und geopolitischen Auswirkungen einer zunehmenden Importabhängigkeit von Wasserstoffimporten frühzeitig strategisch analysiert werden. Deren Ergebnisse müssen bei den künftigen Strategien der H₂-Versorgungssicherheit berücksichtigt werden. Dies setzt allerdings ein erhebliches Umdenken in der deutschen Politik voraus. Bisher wurde die deutsche Energiepolitik noch immer weitgehend von außen- und sicherheitspolitischen Implikationen abgekoppelt. Doch auch als rein kommerziell betrachtete Energie- und andere Wirtschaftsprojekte können geopolitische Auswirkungen haben, die sowohl auf Seiten der deutschen Unternehmen als auch auf der sie unterstützenden Bundesregierung vorab strategisch bedacht werden müssen.

Strategische Perspektiven: Die künftige Bedeutung der Stromversorgungssicherheit und die Zunahme der Cybersicherheitsrisiken

Mit der Elektrifizierung des Transportsektors, der Heizungen im Gebäudesektor sowie vieler anderer Industriezweige wird die künftige Stromversorgungssicherheit eine immer größere energie- und sicherheitspolitische Bedeutung einnehmen, zumal bereits alle kritische Infrastrukturen (KIs) von einer stabilen Stromversorgung abhängen. Mit der weiteren Digitalisierung des Energiesektors und anderer KIs nehmen auch die Risiken für deren Sicherheit weiter zu – insbesondere je komplexer und vernetzter die Steuerung sowie Kontrolle von Kraftwerken, Energienetzen, Flughäfen, öffentlichen Transportmitteln, Wasserversorgung, Krankenhäusern und Datennetzen ausgeprägt sein wird. Auch die breite Einführung intelligenter Stromzähler (Smart Meter) und anderer



IT-Engineer in einem Rechenzentrum

Smart-Home-Technologien, intelligenter Netze (Smart-Grid-Systeme) sowie der digitalen Revolution „Industrie 4.0“ und „Internet der Dinge“ forcieren die Vernetzung aller Lebens- sowie Arbeitsbereiche über das Internet und haben die Potenzierung unzähliger neuer Angriffspunkte zur Folge.

Gelingt aber eine längerfristige Unterbrechung von Strom als eine Art Blutader moderner industrieller Staaten und hochvernetzter Gesellschaften sowie/oder des Internets, sind lebenswichtige staatliche Funktionen wie Energie- und Wasserversorgung und damit viele andere KIs nicht mehr gewährleistet. Der beispiellose russische Cyberangriff auf die ukrainische Stromversorgung im Dezember 2015, der Stromausfälle für rund 6 Stunden in drei unterschiedlichen westlichen Regionen der Ukraine für rund 230.000 Menschen zur Folge hatte, hat diese Dimensionen der Verwundbarkeit hochvernetzter KIs vor allem in westlichen Industriegesellschaften offengelegt.

Zugleich haben die Sabotageangriffe auf die beiden Unterwasserpipelines von Nord Stream-1 und -2 sowie der Glasfaser-Kommunikationskabel des deutschen Schienennetzes die Verwundbarkeit der KIs auch gegen physische Angriffe deutlich gemacht. Dabei befinden sich in Europa und Deutschland mehr als 80 Prozent aller KIs in den Händen privater Unternehmen. Dies erfordert eine kontinuierliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Behörden und Privatwirtschaft. So sieht sich die EU inmitten des Kriegs in der Ukraine zunehmenden Bedrohungen für ihre KI ausgesetzt und hat die Aufmerksamkeit insbesondere auf hybride Sicherheitsrisiken sowie auf die Widerstandsfähigkeit der Infrastruk-

tur gelenkt. Dabei wurde der Schutz von Unterwasser-KIs wie Pipelines, Internet- und Stromkabeln von Regierungen und der Industrie nicht wirklich berücksichtigt, da ihr Schutz kostspielig und anspruchsvoll ist.

All diese Beispiele neuer geopolitischer Risiken und Energieabhängigkeiten zeigen einmal mehr, dass Fragen auch der künftigen Energieversorgungssicherheit als ein Schnittstellenthema für die Wirtschafts-, Energie-, Klima-, Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik begriffen werden müssen und daher ein vernetztes sowie holistisch-interdisziplinäres Gesamtkonzept für Deutschland und die EU benötigt wird.

Dr. phil. Frank Umbach

Forschungsdirektor des European Centre for Climate, Energy and Resource Security (EUCERS), King's College, London

Ab Juli 2014 Forschungsdirektor von EUCERS; seit 2017 zusätzlich Adjunct Senior Fellow an der S. Rajaratnam School of International Studies (RSIS) der Nanyang Technological University (NTU) in Singapur, Visiting Professor zu "EU Energy (External) Policies and Governance" am College of Europe in Natolin/Warsaw (Polen) und Executive Advisor der Proventis Partners GmbH, München (ein M&A-Unternehmen) sowie seit 2020 Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.

DIE STRATEGISCHE BEDEUTUNG VON RAUMFAHRT NACH DER ZEITENWENDE

MATTHIAS WACHTER



Matthias Wachter

Am 24. Februar 2022, eine Stunde vor dem Einmarsch der russischen Bodentruppen in die Ukraine, hat ein Cyberangriff auf den amerikanischen Satellitennetz-Provider Viasat stattgefunden. Die EU, USA und Großbritannien sind sich einig, dass der russische Militärgeheimdienst dafür verantwortlich ist. Ziel der Cyber-Attacke war es offenbar, die Ukraine vom Internet abzuschneiden und ihr so die Möglichkeit zur Kommunikation mit dem Ausland und den eigenen Truppen zu nehmen. Der Angriff auf Viasat hatte weitreichende Folgen für die Ukraine und Teile Europas. Das Internet in der Ukraine wurde temporär gestört und mehrere tausend Windräder in der Nordsee waren nicht mehr erreichbar. Offshore-Windparks werden in der Regel über Satelliten-Verbindungen gesteuert. Angriff und Zeitpunkt zeigen, welche strategische Bedeutung Moskau dem von der Ukraine genutzten Satellitennetz beigemessen hat. Weltraumssysteme sind folglich eine kritische Infrastruktur.

Bereits heute sind Raumfahrt und ein souveräner Zugang ins All elementar für die außen- und sicherheitspolitische Urteils- und Handlungsfähigkeit von Regierungen. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind ohne die Unterstützung durch Weltraumssysteme nicht mehr denkbar. Der Weltraum wurde von der NATO neben Land, See, Luft und Cyber als gleichbedeutende fünfte militärische Dimension definiert. Die Nutzung von Satelliten und die von ihnen generierten Daten und Dienste sind für die militärische Aufklärung, Kommunikation und Operationsführung unverzichtbar. Die ukrainische Informationsüberlegenheit gegenüber dem russischen Aggressor beruht maßgeblich auf westlichen Spionage- und Erdbeobachtungssatelliten. Für die Kommunikation und Vernetzung ist das kommerzielle Starlink-Satellitensystem von Elon Musk mittlerweile unverzichtbar für die Ukraine.

Dennoch hat sich Europa im Weltraum, analog zu Erdgas, stark von Russland abhängig gemacht. Basis hierfür bildete die enge Zusammenarbeit zwischen der European Space



Globales Netzwerk

Agency (ESA) und Roskosmos, der Weltraumorganisation der Russischen Föderation. So fanden 2021 insgesamt 13 Raketenstarts unter europäischer Flagge statt. Sieben dieser Starts wurden mit russischen Sojus-Raketen durchgeführt und nur jeweils drei mit in Europa entwickelten und produzierten Ariane 5 und Vega-Trägerraketen. Europa ist die Abhängigkeit von Russland im All bewusst eingegangen. Die russischen Raketen galten als günstig und zuverlässig. Europa konnte so kommerziellen sowie staatlichen Kunden zusätzliche Startmöglichkeiten und ein weiteres Träger-Segment anbieten. Politisch galt die Kooperation lange Zeit als unproblematisch. Sowohl beim Gas als auch in der Raumfahrt war die Devise: Die Zusammenarbeit führt zu beidseitigen Vorteilen und Russland ist ein zuverlässiger Partner. Kurz nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine wurde die Kooperation zwischen ESA und Roskosmos beendet. Die Zeitenwende ist auch eine Zeitenwende für die europäische Raumfahrt.



Wissenschaftler mit Satellitenkonstruktion

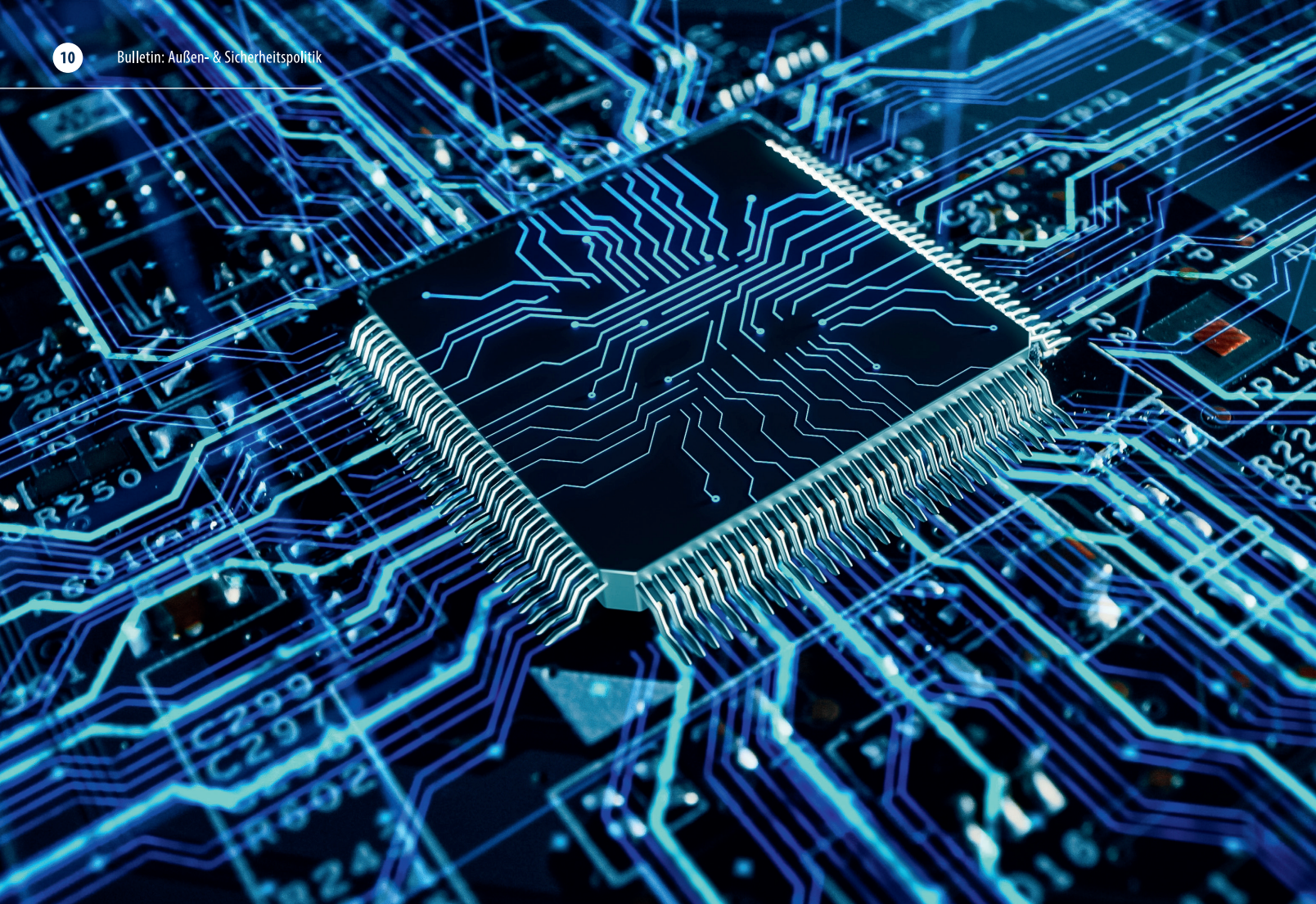
Als Konsequenz kann Europa vorerst keine weiteren Galileo-Satelliten ins All bringen. Die Satelliten sollten mit Sojus-Raketen gestartet werden. Dies ist nun nicht mehr möglich. Die in Bremen gefertigten Satelliten für das strategisch wichtige europäische Navigations- und Zeitgebungssystem müssen nun eingelagert werden. Auch Partner wie die USA verfügen aktuell über keine freien Raketenkapazitäten. Die sich bereits im All befindlichen Satelliten reichen zudem nicht aus, um das System souverän europäisch zu betreiben.

Noch gravierender ist, dass Europa vorübergehend seinen eigenen Zugang ins All verloren hat. Sollten Satelliten gestört, gehackt oder abgeschossen werden, kann Europa kurzfristig keinen Ersatz mit eigenen Trägerraketen starten. Zum einen ist die Ariane 5 ein Auslaufmodell und wird nicht weiter produziert. Zum anderen kann die kleinere Vega-Rakete nur noch eingeschränkt genutzt werden, weil sie in der Oberstufe ein Triebwerk aus der Ukraine verwendet. Produktion und Ersatzteilversorgung des Triebwerks sind kriegsbedingt unterbrochen. Der Erstflug der neuen europäischen Trägerrakete Ariane 6 wurde auf Dezember 2023 verschoben. Anders als geplant kann sie die Ariane 5 damit nicht nahtlos ersetzen. Wann der reguläre Flugbetrieb startet, ist offen.

Gleichzeitig steigt die globale Bedeutung der Kommerzialisierung von Raumfahrt und ihrer zunehmenden Verzahnung mit der Non-Space-Wirtschaft, NewSpace, genannt. Im digitalen Zeitalter ist Raumfahrt der Schlüssel für Zukunftstechno-



Modell der Ariane 6 Weltraumrakete

*SPU-Prozessor-Mikrochip*

logien wie autonomes Fahren, Industrie 4.0, das Internet der Dinge (IoT) oder globale Konnektivität in Echtzeit an jedem Ort der Welt. Gerade für das Hightech- und Industrieland Deutschland ist sie folglich essenziell.

Raumfahrt trägt dazu bei, das Leben auf der Erde nachhaltiger, digitaler und innovativer zu machen sowie die Wettbewerbsfähigkeit in vielen Bereichen zu stärken. Sie leistet wichtige Beiträge für den globalen Umwelt- und Klimaschutz. Satelliten liefern kontinuierlich und über territoriale Grenzen hinweg präzise Daten und Informationen über die Atmosphäre, die Luft- und Wasserqualität oder den Zustand von Böden und Pflanzen. Diese Daten tragen erheblich zum besseren Verständnis des Klimawandels und anderer Umweltphänomene bei und unterstützen wirksame Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz. Laserkommunikation, Cloud Computing und künstliche Intelligenz helfen dabei, Daten und Informationen schneller und effektiver für individuelle Anwendungen und gänzlich neue Geschäftsmodelle zu nutzen. Mit der steigenden Bedeutung von Raumfahrt steigt auch die Gefahr von Angriffen. Die Nationale Sicherheitsstrategie muss diesen Entwicklungen Rechnung tragen.

Erstens, Raumfahrt ist militärisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich sowie im Hinblick auf den Umwelt- und Klimaschutz von

strategischer Bedeutung. Raumfahrtgestützte Infrastrukturen und Anwendungen sind die Basis für moderne Informationsgesellschaften. Entsprechend groß sind die Chancen, aber auch Verwundbarkeiten. Raumfahrt sollte deshalb als ein zentrales und querschnittliches Handlungsfeld der Bundesregierung definiert und priorisiert werden. Ein nationaler Weltraumrat nach Vorbild des US-Space Councils sollte zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit und strategischen Planung eingerichtet werden.

Zweitens, die Kooperation mit Russland in der Raumfahrt ist vorbei. Sie wird auf absehbare Zeit nicht wiederkehren. Europa muss lernen, auf eigenen Füßen zu stehen. Die Zusammenarbeit mit transatlantischen und like-minded Partnern sollte zudem, auch im Hinblick auf die zunehmende Systemrivalität mit autokratischen Regimen wie China, ausgebaut werden. Deutschland trägt hierbei eine besondere Verantwortung für Europa. Zum einen, weil es über die meisten New-Space-Unternehmen in der EU verfügt. Zum anderen, weil seine hoheitlichen Systeme auch durch die Streitkräfte der Mitgliedstaaten und weiterer Bündnispartner genutzt werden. Statt in die Zusammenarbeit mit Moskau sollte Deutschland in seine eigenen Köpfe, junge Unternehmen und Fähigkeiten investieren. Notwendig hierfür ist ein Systemwechsel in der europäischen Raumfahrt nach US-Vorbild. EU, ESA und Bun-

desregulierung sollten primär als Kunden agieren und Fähigkeiten bei innovativen Unternehmen einkaufen, statt sie in Eigenregie selbst zu entwickeln. Aufträge sind die marktwirtschaftlichste und effizienteste Form der Förderung und stärken damit die staatliche Handlungsfähigkeit.

Drittens, der Zugang ins All ist der Flaschenhals für die Nutzung des Weltraums. Europa verfügt bisher über nur einen Weltraumbahnhof in Französisch-Guyana in Südamerika. Zur Erhöhung der Flexibilität und Resilienz werden weitere Startmöglichkeiten in EU-Kontinentaleuropa benötigt. Dies ist auch im Hinblick auf kurzfristige Starts erforderlich. Um innerhalb kürzester Zeit flexible Nutzlasten und Ersatzsysteme bei Ausfällen ins All verbringen zu können, ist der Aufbau einer sogenannten Responsive-Space-Fähigkeit notwendig. Deutschland verfügt mit verschiedenen kommerziellen Trägersystemen und einer von der Industrie initiierten schwimmenden Startplattform für kleine Trägerraketen in der Nordsee über alle notwendigen Voraussetzungen für die Realisierung. Die Bundesregierung sollte eine Responsive-Space-Fähigkeit deshalb federführend in und für Europa aufbauen und für UN-, EU- und NATO-Missionen einbringen.

Matthias Wachter

Matthias Wachter ist Ableitungsleiter für internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt beim Bundesverband der Deutschen Industrie sowie Geschäftsführer der BDI-Initiative New Space. Die Initiative entwickelt konkrete politische Handlungsempfehlungen, die dabei helfen sollen, das Potenzial deutscher New-Space-Akteure in Deutschland stärker nutzen zu können. Zudem ist er Oberstleutnant der Reserve bei der Bundeswehr und war dabei unter anderem für die europäische Mission EUFOR in Bosnien-Herzegowina im Einsatz. Wachter ist Diplom-Betriebswirt.

Anzeige

DIGITALIZATION

GEFECHTSFELD DER ZUKUNFT



citema
GROUP
Driving Digital Technologies



citema
consulting



citema
experts



citema
systems



WIR SIND IHR PARTNER FÜR

- Digitale Transformation
- Cyber & IT Security
- Security Assessments & Hardening
- SoC Trainings
- Software- und Systementwicklung
- Blockchain
- Künstliche Intelligenz

WWW.CITEMA.DE

INFO@CITEMA.DE

NOTWENDIGE REFORMEN DER EU

MARLENE MORTLER



Marlene Mortler



Leere Sitze eines Parlamentsgebäudes

Die Konferenz zur Zukunft Europas hat kürzlich nach langer Arbeit ihren Abschlussbericht veröffentlicht. Dieser beinhaltet 49 Vorschläge mit insgesamt mehr als 300 konkreten Aufgaben für die Organe der EU in verschiedenen Bereichen. Anfang Mai, nur wenige Tage vor der Veröffentlichung des Berichts, hat das Europäische Parlament in Straßburg einen Entschließungsantrag angenommen, der dazu aufruft, das Verfahren für eine Vertragsänderung einzuleiten. EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola betonte bei der Vorstellung des Abschlussberichts, dass die Europäische Union momentan nicht alles leisten könne, was die Bürger von ihr erwarten. Der französische Staatspräsident, Emmanuel Macron, sprach sich in diesem Kontext unter anderem für die Abschaffung des in der Kritik stehenden Einstimmigkeitsprinzips im Rat aus.

Nach den Verträgen ist das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat bei einer Reihe von sensiblen Angelegenheiten erforderlich. Diese Politikbereiche sind explizit in den Verträgen aufgelistet. Dazu zählen unter anderem Bürgerrechte, EU-Finzen, einige Bestimmungen im Bereich Justiz und Inneres, Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit wenigen Ausnahmen, aber auch die EU-Mitgliedschaft. Aktuell haben zehn Staaten den offiziellen Status eines Beitrittskandidaten. Die Ukraine und Moldau sind erst seit Juni letzten Jahres offiziell Beitrittskandidaten, die Türkei hat diesen Status hingegen schon seit 1999. Daneben sind auch Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien offiziell Kandidaten.

Das Einstimmigkeitsprinzip wird aktuell insbesondere von den großen Mitgliedsstaaten Deutschland, Italien und Frankreich in Frage gestellt, während andere Staaten darauf bestehen, um bei der Entscheidungsfindung angemessen beachtet zu werden. Häufig wird dabei jedoch kritisiert, dass kleinere Staaten auf das Einstimmigkeitsprinzip zurückgreifen, um Sonderkonditionen oder Vorteile für sich selbst herauszuhandeln. Das wohl bekannteste Beispiel der vergangenen Wochen ist Ungarn, das Anfang September damit drohte, die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland zu blockieren, sofern die Strafmaßnahmen gegen drei russische Oligarchen nicht fallen gelassen würden. Auch geplante Sanktionen gegen das russisch-orthodoxe Kirchenoberhaupt Patriarch Kirill und ein umfassendes Ölembargo konnten aufgrund des ungarischen Widerstandes nicht durchgesetzt werden.

Ungarn hat den Sanktionen gegen die russischen Oligarchen am Ende doch zugestimmt. Trotzdem bleibt die Frage, ob das Einstimmigkeitsprinzip Zukunft hat oder zugunsten einer qualifizierten Mehrheit abgeschafft werden soll. Grundsätzlich

verhindert die Einstimmigkeit, dass kleine Staaten von den bevölkerungsstarken einfach übergangen werden können. Aktuell können sie ihre Bedenken äußern und sicherstellen, dass sie gehört werden. Anhand des ungarischen Beispiels lässt sich aber sehen, dass ein Missbrauch nicht ausgeschlossen werden kann. Und wenn sich die Konsensfindung bei 27 Staaten schon so stark verzögern kann, muss man sich natürlich fragen, wie sich das nach einer Erweiterung mit mehr als 30 Mitgliedsstaaten gestalten würde.

Im Hinblick auf eine oder mehrere mögliche Erweiterungen in den nächsten Jahren ist es wichtig, dass die institutionelle Handlungsfähigkeit der EU erhalten bleibt und weiter gestärkt wird. Die Prioritäten der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament beinhalten in diesem Bereich also unter anderem eine eindeutiger Kompetenzverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten und der supranationalen Ebene sowie eine Reduktion geteilter Zuständigkeiten, strukturelle Reformen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU sowie die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Rolle des Europäischen Gerichtshofes. Zudem muss die Subsidiarität gewahrt und bei Bedarf auch eingefordert werden.

An institutionellen Reformen wird in der Zukunft kein Weg vorbeiführen. Auch nicht an einer Reform des Einstimmigkeitsprinzips. Hier dürfen wir aber nicht überstürzt handeln, sondern mit Bedacht und Perspektive.

Wir brauchen heute und in Zukunft mehr denn je ein handlungsfähiges und starkes Europa. Doch die Gemeinschaft kann nur dann stark sein, wenn jeder Mitgliedsstaat sich mit der Europäischen Union und ihren Beschlüssen identifizieren kann. Kein Mitglied darf sich übergangen und missverstanden fühlen. Es ist ein Balanceakt, aber die EU muss ihn gehen.

Marlene Mortler

Marlene Mortler wurde 1955 im fränkischen Lauf an der Pegnitz geboren und schloss nach der mittleren Reife eine Ausbildung der ländlichen Hauswirtschaft als Meisterin ab. Von 2002 bis 2019 war Mortler Mitglied des Deutschen Bundestags. Von 2014 bis 2019 war sie agrar-, ernährungs- und umweltpolitische Sprecherin sowie stellvertretende Vorsitzende der CSU im Bundestag. Außerdem wurde sie 2014 zur Drogenbeauftragten der Bundesregierung ernannt und 2018 in diesem Amt bestätigt. Im Juli 2019 wechselte sie als Abgeordnete für Mittelfranken ins Europäische Parlament und ist seitdem im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI), im Ausschuss für Entwicklung (DEVE) und im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) tätig.

Beitrittskandidaten der Europäischen Union



DIE UKRAINE MUSS WEITERHIN UNTERSTÜTZT WERDEN

PROF. DR. JACKSON JANES



Prof. Dr. Jackson Janes

Putins Krieg in der Ukraine begann nicht am 24. Februar 2022. Der Krieg dauert seit der illegalen Annexion der Krim im Jahr 2014 an.

Der Ausbau der militärischen Fähigkeiten der Ukraine, welcher durch die Bereitstellung von Hilfen und Unterstützung seit 2014 erreicht werden konnte, galt der Hoffnung, eine weitere russische Aggression abzuschrecken.

Diese Anstrengungen sind in Anbetracht der Entscheidung Putins, die Ukraine auf breiter Front im Februar 2022 anzugreifen und die Ukraine als unabhängigen Nationalstaat zu zerstören sowie die östlichen Gebiete zu annektieren, gescheitert. Nach 10 Monaten der Kampfhandlungen nutzt der Kreml weiterhin Krieg und Terror als Druckmittel, um die Ukraine zu seinen Bedingungen an den Verhandlungstisch zu zwingen mit nur einem Ziel: die Kapitulation und Auslöschung der Ukraine als unabhängige Kultur und Nation.

Die massive und geschlossene Antwort der USA, seiner NATO-Partner und weiterer Verbündeter haben es der ukrainischen Armee ermöglicht, die russischen Invasoren zu stoppen und deren Unfähigkeit, Putins Plan auszuführen, aufgezeigt. Während die militärische Konfrontation zwischen der Ukraine und der russischen Armee in voller Härte andauert, wird die ukrainische Souveränität nicht zuletzt durch die Verleihung des Status als EU-Beitrittskandidat gestärkt. Als weiterer Faktor gilt die breite Unterstützung von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen für Wiederaufbau der Ukraine nach brutalsten russischen Zerstörungen, von der Verfolgung von Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und die Einforderung von Reparationszahlungen ganz zu schweigen. Als ein weiterer Schritt für die Sicherung der Zukunft der Ukraine kann auch ihr Beitrittsantrag zur Mitgliedschaft in der NATO gesehen werden.

Die Entwicklung auf dem Schlachtfeld wird entscheiden, wann und wie eine Einstellung der Kampfhandlungen erreicht werden kann. Jedoch sollte die Regierung in Kiew entscheiden, ob bzw. wann Gespräche zu einem Waffenstillstand stattfinden, in Abstimmung mit seinen Verbündeten. Bis es so weit ist, wird es notwendig sein, die Ukraine weiterhin massiv zu unterstützen, um der weitergehenden russischen Aggression zu begegnen.

Diplomatische Gespräche können und sollten ausgeweitet werden. Diese sollten jedoch nicht von russischen Drohungen über den möglichen Gebrauch von Nuklearwaffen und andauernden Terroranschlägen gegen zivile Ziele abhängen oder gar durch diese beeinflusst werden.

Die richtige Reaktion ist die Unterstützung der Ukraine durch politische Mittel und ökonomische Sanktionen zur Bestrafung Russlands, flankiert durch die Bereitstellung von wirtschaftlicher Unterstützung, Waffen und Munition an die Ukraine. Die jüngste Geberkonferenz in Berlin ist ein bedeutender Schritt in Richtung eines Art „Marshall-Plans“ für den Wiederaufbau der Ukraine.

Die Bereitstellung aller notwendigen Mittel, um die Ukraine zu befähigen, die russischen Kräfte zumindest aus ukrainischem Territorium zu vertreiben, ist die notwendige Basis, um eine Verhandlungslösung zu erreichen, welche Kiew im Sinne des nationalen Selbsterhalts akzeptieren kann. Der ukrainische Präsident Selenskyj hat die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen eines Abkommens bei seiner Rede anlässlich des G19-Gipfels auf Bali dargelegt.

Ein Sieg Russlands im Krieg gegen die Ukraine hätte dramatische negative Auswirkungen auf die Stabilität und Sicherheit in Europa. Dies ist genau das, was Wladimir Putins nun errei-

chen will. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Putins imperialistische Ziele an den Außengrenzen der Ukraine enden. In öffentlichen Reden hat Putin klargestellt, dass er nicht ukrainisches Land, sondern aus seiner historischen Sicht russisches Territorium zurück unter die Kontrolle Moskaus bringen möchte. Zum Russischen Reich gehörten einst auch die baltischen Staaten, Finnland und Teile Polens. Sollte sich Russland in der Ukraine durchsetzen, fragt sich, was als Nächstes käme? Die Antwort der osteuropäischen Staaten bringt deren Besorgnis zum Ausdruck, dass Putins Aggressionen wohl nicht in der Ukraine zum Erliegen kämen.

Es gibt wesentlich weitreichendere Ziele als nur das Überleben der Ukraine zu sichern. Während ein Ende des Kriegs Tausende von Menschenleben retten wird, wird die Sicherstellung einer ukrainischen Zukunft die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung internationalen Rechts und des Prinzips staatlicher Souveränität unterstreichen. Nicht nur wird damit die europäische Sicherheitsarchitektur, sondern auch die Bereitschaft zur Stabilität auf globaler Ebene gestärkt. Der Erhalt der Ukraine ist auch direkt verknüpft mit der Aufrechterhaltung internationaler Normen wie dem Verbot zur Anwendung von Gewalt gegen das Territorium anderer Staaten als auch der Achtung der Menschenrechte, Grundüberzeugungen gesunder Demokratien. Eine souveräne Ukraine wird weiterhin zur globalen Lebensmittelsicherheit durch den Export ihres Getreides beitragen. Die Ukraine kann auch zur schonungslosen Aufklärung der in Putins brutalem Angriffskrieg begangenen Kriegsverbrechen beitragen und die Verantwortlichen für die vergangenen Verbrechen zur Rechenschaft ziehen. Dies beginnt mit Wladimir Putin selbst.

Präsident Selenskyj sagte: „Die Ukraine kämpft nicht nur für ihre Freiheit, sondern für die Demokratien, die an der Seite der Ukraine stehen.“ Es ist von größter Wichtigkeit, dass die Ukraine ihre Souveränität wiedererlangt und Russland diesen imperialistischen Krieg verliert und abgeschreckt wird. Wie Timothy Snyder sagte: „Die Zukunft der Ukraine ist eine Zukunft der Demokratie im 21. Jahrhundert.“ Diese könnte vielleicht eines Tages auch ein demokratisches Russland beinhalten.

Prof. Dr. Jackson Janes

Prof. Dr. Jackson Janes ist Resident Senior Fellow bei der Denkfabrik German Marshall Fund und emeritierter Präsident des amerikanischen Instituts für zeitgenössische Deutsche Studien an der Johns-Hopkins-Universität in Washington. Zuvor war er unter anderem für das Deutsch-Amerikanische Institut in Tübingen und das Foreign Service Institute in Washington, D. C. tätig. Dr. Janes dozierte in den Vereinigten Staaten und Europa. Er veröffentlichte zudem zahlreiche Publikationen zu Themen über die deutsch-amerikanischen Beziehungen und transatlantische Angelegenheiten.

DIE UKRAINE GEZIELT UNTERSTÜTZEN

**AUSZUG AUS DER AUSGABE 2015
VON PROF. DR. JACKSON JANES**

Die Ukraine bewegt sich auf sehr dünnem Eis zwischen Überleben und Zerfall. Während ihre Verbündeten abgelenkt sind, gewinnen ihre Gegner an Macht. Es ist an der Zeit, die Ukrainer so zu unterstützen, dass sie sich selbst verteidigen können. Während die Europäische Union ihren Fokus auf das griechische Drama lenkt, befasst sich Präsident Barack Obama mit dem Abschluss des iranischen Atomabkommens. Derweil hat das russische Militär seine Präsenz in der Ostukraine verstärkt, inklusive der Lieferung von T-52 Panzern. Aus dem Abkommen von Minsk wurde „Hackfleisch“ gemacht. Mehr als 9.000 russische Truppen sind mittlerweile in der Ostukraine stationiert – deren Existenz Moskau nach wie vor leugnet. Die Anzeichen für einen bevorstehenden Angriff auf die von der ukrainischen Regierung gehaltene Stadt Mariupol am Schwarzen Meer verstärken sich zunehmend. Aber bislang halten sowohl Präsident Obama als auch Kanzlerin Merkel an ihren Überzeugungen fest, dass eine Belieferung der ukrainischen Armee mit Offensivwaffen keinem russischen Angriff entgegenwirken kann.

Es wird vielmehr befürchtet, dass mit möglichen Waffenlieferungen nur die Propagandamaschinerie Putins gestärkt wird. Moskau nutzt diese zögerliche Haltung aus, um den Druck auf den Westen auch auf anderen Ebenen zu erhöhen: So wurde die rechtliche Gültigkeit der Übertragung der Krim an die Ukraine aus dem Jahre 1953 von Premierminister Chruschtschow öffentlich angezweifelt und diente als Rechtfertigung für die Annexion. Aktuell werden in Moskau die Unabhängigkeitserklärungen der drei baltischen Staaten auf ihre „Gültigkeit“ überprüft. Nach und nach beginnt sich die politische Bewertung der Ukraine-Krise zu verändern.

Kürzlich hat im confirmation hearing General Joe Dunford, Präsident Obamas Vorschlag für den Vorsitz der Vereinigten Stabschefs, ausführlich dargelegt, warum Russland die größte Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA darstellt. Er ist dabei der Auffassung, dass die Ukraine den russischen Aggressionen nicht entgegen treten kann, sofern sie nicht auch mit offensiven Waffen ausgerüstet wird. Die Lieferung von Waffen an die Ukraine kann nur eine Maßnahme sein, die dazu beiträgt, Kräfteverhältnisse anzugleichen, ohne den diplomatischen Bemühungen für eine politische und friedliche Lösung entgegenzuwirken. Der Westen hat darüber hinaus die Möglichkeit, durch eine gezielte Aufrüstung der Ukraine die weiter zunehmenden russischen Bedrohungen gegenüber Europa und auch den Vereinigten Staaten von Amerika insgesamt einzudämmen. Denn nur wenn Präsident Putin die Risiken und die Kosten seiner Aggression realisiert, wird er sich letztlich den friedlichen Bemühungen zur Beilegung des Ukraine-Konfliktes auch tatsächlich anschließen.



Impressum

Herausgeber: Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU • **Konzept & Gestaltung:** itslive GmbH

Bilderquellen: Shutterstock, Bundeswehr sowie privates Bildmaterial

Redaktion: ASP-Landesgeschäftsführer Philipp Hellbach • **Kontakt Redaktion:** asp@csu-bayern.de • **Stand:** Februar 2023

Hinweis: Die Beiträge in dieser Zeitschrift geben die Meinung des Verfassers, nicht aber die der Redaktion oder des ASP wieder.